

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	10.03.03

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.03.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Frau Renate Warnecke, Frau Gudrun Winkels-Haupt

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Paul Yves Ramette

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Gabriele Mahnert (Frakt. Bündnis 90/Die Grünen)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritasverband), Frau Barbara Dudda-Dillbohner, (Arbeiterwohlfahrt) Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Herr Gerd Maeggi (Jugendring), Frau Renate Schäning (Diak. Werk Barmen), Herr Günter Schwarz (Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Ute Feldbrügge (DPWV), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Integration), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Sabine Strackharn (Jüdische Kultusgemeinde), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt und Soziale Dienste), Frau Ursula Reichert (Schulen), Frau Regine Richling, ab 16.20 Uhr (sachkundige Bürgerin), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin)

Ausländerbeirat

Herr Ismail Peksert

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Dieter Verst, Herr Peter Krieg (beide SB 208 - Jugend & Freizeit), Frau Christine Schmidt (201.JHP - Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder)

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:14 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende formgemäß **Herrn Maeggi** als neues stellvertretendes Mitglied von Herrn Schmalenbeck (Jugendring).

2 Anträge auf Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss

Der **Vorsitzende** berichtet, dass aus den Fraktionen der Wunsch geäußert worden ist, die Antragsteller „Sprecher/innengremium der Betreuungen an Wuppertaler Grundschulen“ und „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Wuppertal“ zu bitten, ihren Antrag nicht weiter aufrechtzuerhalten. Der Jugendhilfeausschuss dürfe nicht zu groß werden, um seine Arbeitsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen. Den Antragstellern könne aber bei sie betreffenden Tagesordnungspunkten ein Anhörungsrecht eingeräumt werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Einstimmigkeit

3 Änderung der Tagesordnung

Es besteht Einvernehmen, den erst vor der Sitzung ausgelegten Antrag der SPD-Fraktion zur offenen Ganztagsgrundschule (VO/1222/03) gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Jugendrings zu behandeln. **Herr Dr. Kühn** weist in diesem Zusammenhang auf die ausliegende Berichtsvorlage der Verwaltung mit dem Richtlinienentwurf für die Ganztagsgrundschule hin.

Der vor der Sitzung ausgelegte Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur Entgeltsituation im stationären und ambulanten Jugendhilfebereich soll als neuer Tagesordnungspunkt 10 behandelt werden.

4 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.01.03 (als Anlage beigefügt)

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.01.03 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

5 Anliegen der Bezirksjugendräte

Herr Krieg teilt mit, dass die Bezirksjugendräte ihre Sprecher/innen für den Jugendhilfeausschuss noch nicht gewählt haben.

Herr Dr. Kühn lobt die neuen Bezirksjugendräte, die nach seiner Auffassung sehr engagiert an einem Wochendseminar zur Einführung in ihr neues Amt teilgenommen haben.

6 Offene Ganztags-Grundschule

6.1 Resolution - Offene Ganztagsgrundschulen

Vorlage: VO/1112/03

Herr Ramette weist darauf hin, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung in seiner letzten Sitzung empfohlen hat, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Umsetzung der offenen Ganztagschule zu beauftragen. Nach seiner Auffassung sollten in diesem Konzept die Stadtbezirke bevorzugt berücksichtigt werden, in denen bisher nur relativ wenige Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden. Er erwartet von der Verwaltung außerdem, dass sie das Finanzkonzept laufend fortschreibt und darüber regelmäßig berichtet.

Frau Güster lehnt es für ihre Fraktion ab, bereits in der heutigen Sitzung dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen. Ihre Fraktion wolle erst einmal die Antwort der Verwaltung auf den eigenen Antrag abwarten (VO/1222/03).

Herr Dr. Kühn verweist auf die ausliegende Vorlage mit dem RdErl. des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder NRW zur offenen Ganztags-Grundschule. Gegenüber dem Entwurf gebe es einen wichtigen Unterschied. Das Land bestehe nicht mehr zwingend darauf, dass andere Angebote der Ganztagsbetreuung für Schulkinder eingestellt werden.

Ohne eine vorherige Bestandsaufnahme werde es nicht möglich sein, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen. Im Hinblick auf die große Bedeutung, die der Erlass des Landes für die betroffenen Kinder, Eltern und Erzieher/innen habe und des deshalb notwendigen intensiven Abstimmungsprozesses sei es extrem schwierig, die Antragsfrist 31.05. einzuhalten.

Nach Auffassung von **Herrn Arens** enthält der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widersprüchliche Formulierungen.

Aufgrund der vielen ungeklärten Fragen sieht es **Herr Gerlach** nicht als sinnvoll an, bereits in der heutigen Sitzung über den Resolutionsentwurf zu entscheiden. Die Kommunen dürften im Übrigen nicht erwarten, für die Einrichtung von Offenen Ganztags-Grundschulen zusätzliche Landesmittel zu erhalten.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, nach einem Wuppertaler Weg zu suchen. Eine 1:1-Umsetzung des Erlasses würde zu Lasten der Jugendhilfe gehen, was hier im Ausschuss aber niemand wolle.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass der Erlass bis 2007 befristet ist. Danach werde es wahrscheinlich keine Finanzierung mehr nach dem Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) geben.

Herr Dr. Kühn sagt Frau Pfr. Schäning und Herrn Schwarz zu, die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und den Jugendring an der Erarbeitung eines Konzeptes zur Umsetzung der offenen Ganztags-Grundschule zu beteiligen.

6.2 Stärkere Einbindung der offenen Jugendhäuser und der Jugendverbände in die Ganztagsbetreuung der Grundschulen und der Sekundarstufe I
Vorlage: VO/0772/02

Wortmeldungen siehe unter TOP 4.1!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit allen beteiligten Organisationen, ein Konzept zur Umsetzung der offenen Ganztagschule zu erarbeiten und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind - wenn möglich - bereits in der 1. Projektphase (Schuljahr 2003/2004) Maßnahmen zu realisieren.

Einstimmigkeit

6.3 Antrag der SPD-Fraktion zur Offene Ganztagsgrundschule (Tischvorlage)
Vorlage: VO/1222/03

Siehe unter TOP 4.1!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich den politischen Gremien einen Bericht zum Thema „Betreuung von Schulkindern in Wuppertal - Offene Ganztagsgrundschule“ vorzulegen. Der Bericht sollte folgende Fragen beantworten:

- Wie werden zur Zeit Grundschul Kinder in Wuppertal außerhalb der Unterrichtsstunden betreut?
- Wie viele Plätze stehen zur Verfügung - in Grundschulen - in Horten?
- Wer sind die Träger der Betreuungsmaßnahmen?
- Wie sind die Betreuungszeiten - während des Schuljahres - in den Schulferien?
- Wie groß ist die Zahl der Kinder und Eltern, die bei den bestehenden Einrichtungen mit ihrem Wunsch nach Ganztagsbetreuung abgewiesen werden müssen?
- Wie können künftig Betreuungsmaßnahmen für Grundschul Kinder – abgeleitet vom Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12. Februar 2003 „Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich“ – aussehen, unter den Voraussetzungen, dass
 - eine verlässliche Betreuung bis 16.00 Uhr gewährleistet wird,
 - die bestehenden Betreuungsvereine an den Grundschulen mit eingebunden werden,
 - die Betreuung in den Ferien sichergestellt ist,
 - die vorhandenen Jugendeinrichtungen und die Jugendverbände in das Konzept mit eingebunden werden,
 - Kooperationen mit Sportvereinen angestrebt werden,
 - auch Angebote aus den Bereichen kulturelle und musische Bildung gemacht werden.

- Wie sieht die Kosten- und Zuschusssituation für solche Angebote aus?
- Gibt es Stadtteile, in denen der Bedarf nach zusätzlicher Betreuung besonders hoch ist?
- Gibt es Grundschulen, die aufgrund der bisherigen Veröffentlichungen zum Thema bereits ihr Interesse an der „offenen Ganztagsgrundschule“ bekundet haben?

Einstimmigkeit

6.4 Berichtsvorlage Offene Ganztagschule (Tischvorlage)

Vorlage: VO/1230/03

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

7 Umwandlung von Gruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder

Vorlage: VO/0994/03

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Der Umwandlung von jeweils einer Kindergarten-Tagesstättengruppe in eine Kindergarten-Gruppe wird vorbehaltlich der Genehmigung des Landesjugendamtes in den folgenden Tageseinrichtungen für Kinder zugestimmt:

Marienstr. 7 Mohrhennsfeld 37-39

Einstimmigkeit

8 Betriebskostenzuschüsse 2003 an freie Träger offener Jugendeinrichtungen

Vorlage: VO/1194/03

Frau Richling weist auf den von Jahr zu Jahr ansteigenden Eigenanteil der freien Träger hin. Wenn die Jugendeinrichtungen bei Umsetzung des Ziels einer Offenen Ganztagsgrundschule mitarbeiten sollten, müssten die öffentlichen Mittel für die Jugendeinrichtungen im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Im Rahmen der Richtlinien über die Förderung der offenen Jugendarbeit der Stadt Wuppertal und der im Haushaltsplan 2003 vorgesehenen Mittel bei der Haushaltsstelle 4600-718.0000.3 (Ansatz 392.650 €) werden an die freien Träger der offener Jugendeinrichtungen Betriebskostenzuschüsse gemäß Anlage 1 gewährt.

Einstimmigkeit

9 Grundüberholung von Kinderspielplätzen

Vorlage: VO/1001/03 Neuf.

Herr Verst teilt mit, dass die Bezirksvertretung Elberfeld-West den Wunsch geäußert hat, die Grundüberholung des Kinderspielplatzes Tiergartenstraße von 2005 nach 2004 vorzuziehen. Da die Grundüberholung des Spielplatzes Heidter Berg wegen unklarer Grundstücksfragen zurückgestellt werden müsse, könne

dafür im Austausch die Tiergartenstraße früher instand gesetzt werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage für 2003/2004 aufgelisteten Kinderspielplätze grundzüberholen.

Die Einzelmaßnahmen werden mit der Festlegung des Gestaltungsentwurfes und des Kostenrahmens als Durchführungsbeschluss in den zuständigen Bezirksvertretungen beschlossen.

Einstimmigkeit

10 Entgegennahmen

**10.1 Entwicklung der Betreuungssituation in Wuppertal für Schüler/innen der Primarstufe im Schuljahr 2002/03 unter Einbeziehung unterschiedlicher Betreuungsformen bei den Stadtbetrieben 202, 206 und 208
Vorlage: VO/1056/03 - Neuf.**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss

**10.2 Erweiterung der mobilen Jugendarbeit
Vorlage: VO/1146/03**

Herr Verst erläutert die Verlage. Trotz der schwierigen Haushaltslage gebe es auch noch positive Nachrichten.

Frau Güster zeigt sich erfreut über die Initiative der Verwaltung. Sie wünscht sich, dass das Angebot mit der Zeit noch weiter ausgebaut werden kann.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss

10.3 Antrag der Frakt. Bündnis 90/Die Grünen zur Schulentwicklungsplanung

Herr Dr. Kühn berichtet, dass der Rat der Stadt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 17.02.03 einstimmig entsprochen hat. Die Jugendhilfeplanung solle in die Schulentwicklungsplanung mit einbezogen werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Rat der Stadt einen inhaltlich gleichen Beschluss bereits im März des vergangenen Jahres gefasst hat.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

10.4 Kennzahlen der Jugendhilfe (Eckdaten der Hilfen zur Erziehung im Ressort 201), 4. Quartal 2002
Vorlage: VO/1128/03

Herr Ramette fragt nach, wie der Begriff „ohne nennenswerte Qualitätseinbußen“ zu verstehen ist. In der Vergangenheit habe sich die Verwaltung bemüht, die stationären Hilfen zugunsten der ambulanten Hilfen zu senken. Jetzt seien aber auch die ambulanten Maßnahmen rückläufig.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die Verwaltung auch die ambulanten Maßnahmen noch einmal kritisch hinsichtlich ihrer Intensität und Dauer überprüft hat.

Herr Lenz ergänzt, dass sich die Verwaltung auch verstärkt um einzelfallübergreifende Jugendhilfemaßnahmen bemüht.

Herr Arens fordert die Verwaltung auf, ohne Scheu deutlich zu sagen, dass bei weniger Geld zwangsläufig auch nur weniger Leistung angeboten werden kann.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss

10.5 Antrag der AgFW zur Entgeltsituation im stationären und ambulanten Jugendhilfebereich (Tischvorlage)
Vorlage: VO/1239/03

Frau Pfr. Schäning begründet den Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AgFW).

Herr Lenz weist darauf hin, dass die Verwaltung in der letzten Zeit mehrfach über die Entwicklung bei der Hilfe zur Erziehung berichtet hat. Infolge von Fallzahl- und Entgeltsteigerungen seien die Ausgaben in diesem Bereich zwischen 1995 und 2000 von 51 auf 70 Mio. DM angewachsen. Die Verwaltung bemühe sich seitdem in erster Linie durch Leistungsabbau erfolgreich, dieses 70-Mio.-Niveau zu halten. Die mit diesem Geld finanzierten etwa 1.650 ambulanten und stationären Maßnahmen stellten eine kritische Grenze nach unten dar.

Es sei davon auszugehen, dass im Haushaltsplan 2004/2005 keine Steigerung der Ausgaben darstellbar ist. Insofern könne man auf Kostensteigerungen nur mit dem Abbau weiterer Maßnahmen oder einem Einfrieren der Leistungsentgelte reagieren. Wie die Verwaltung letztlich entscheide, bleibe der weiteren allgemeinen Entwicklung und dem jeweiligen Einzelfall vorbehalten.

Entgeltverhandlungen mit der AgFW über die Flexible Erziehungshilfe könne es aus Sicht der Verwaltung wegen des Anspruchs der nicht der AgFW angehörenden Träger auf Gleichbehandlung und der vielen unterschiedlichen Angebote in diesem Bereich nicht geben.

10.6 Kennzahlen der Sozialhilfe (Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt), Gesamtbericht 2002
Vorlage: VO/1177/03

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass im Januar dieses Jahres weitere 450 und im Februar noch einmal ca. 500 neue Sozialhilfeempfänger hinzugekommen sind. Die zusätzlichen Kosten beliefen sich für das gesamte Jahr 2003 auf etwa 6,0 Mio. €.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

10.7 Kennzahlen der Heranziehung (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201), 4. Quartal 2002
Vorlage: VO/1130/03

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

10.8 Kennzahlen der Beistandschaft (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201), 4. Quartal 2002
Vorlage: VO/1131/03

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

11 Berichte und Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Haus der Jugend Barmen

Herr Dr. Kühn berichtet anhand von Plänen, dass aus dem Wettbewerb für die Umgestaltung des Hauses der Jugend Barmen der Entwurf eines Wuppertaler Architekten als der beste hervorgegangen ist. Durch die Idee des Architekten, links und rechts vom Hauptportal hinter einer Glasfassade zwei neue Treppenhäuser einzubauen, könnte die Raumsituation für alle Bereiche deutlich verbessert werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Ramette** erklärt Herr Dr. Kühn, dass es in dem jetzigen Stadium noch zu früh ist, den Gestaltungsbeirat zu beteiligen.

Es besteht Einvernehmen, eine gemeinsame Sondersitzung zu diesem Thema mit dem Kultur- und dem Stadtentwicklungsausschuss für den 9. April zu terminieren.

11.2 Öffnung der Schulhöfe für Kinder und Jugendliche außerhalb der Unterrichtszeit

Herr Verst kündigt für die nächste Sitzung des Ausschusses einen Bericht zu diesem Thema an.

11.3 Kinderfreundlichkeit

Herr Dr. Kühn berichtet, dass die Verwaltung wahrscheinlich bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein im Verwaltungsvorstand abgestimmtes Konzept zur Kinderfreundlichkeitsprüfung vorlegen kann.

11.4 Jugendleiter/in-Card

Herr Dr. Kühn erinnert an die Vorstellung der Jugendleiter/in-Card JULEICA für die in der Jugendarbeit ehrenamtlich tätigen Jugendlichen in der Ausschusssitzung am 19.11.02. Die Verwaltung werde demnächst die Vergünstigungen vorstellen, die die Inhaber/innen dieser Card künftig in Anspruch nehmen könnten.

11.5 Jahresbericht des Unternehmens

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass der Verwaltungsvorstand entschieden hat, auf die Vorlage von Jahresberichten der einzelnen Geschäftsbereiche zu verzichten. Stattdessen werde es für 2002 nur noch einen Bericht für das gesamte Unternehmen geben.

12 Wünsche und Anregungen

Frau Pfr. Schäning bedauert, dass nach ihren Informationen der Zoo und die städt. Schwimmbäder im Rahmen der Stadtranderholung nicht mehr kostenlos besucht werden könnten.

Nach der zwischenzeitlich erfolgten verwaltungsinternen Abstimmung bleibt es beim kostenlosen Besuch städtischer Einrichtungen. Die Kosten werden lediglich verwaltungsintern zwischen den einzelnen Leistungseinheiten verrechnet.

Frau Winkels-Haupt weist darauf hin, dass nach Presseinformationen das von der GESA in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt betriebene *Net-Center* für benachteiligte Jugendliche von der Schließung bedroht ist, da sich das Arbeitsamt aus der Finanzierung zurückziehen will.

Sie bittet deshalb die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung um einen Bericht, in dem die Arbeit der Jugendberufshilfe - insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt - vorgestellt wird.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer